

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2023

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Mitteilung für eine EU-weit verbesserte psychische Gesundheit	1
EU-Kommission: Rechte schutzbedürftiger Erwachsener bei grenzüberschreitenden Verfahren	1
Rat der EU: Einigung über Asyl- und Migrationsgesetze.....	1
Rat der EU: Position für Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	2
Rat der EU: Einigung über Kompetenzen für Gleichbehandlungsstellen	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Estland: Ehe für alle beschlossen	2
Finnland: Ungleichheiten im Gesundheitssystem	3
Rumänien: Begrenzung der Gewinnaufschläge für Lebensmittel geplant	3
Ungarn: Asylgesetz verstößt gegen EU-Recht	3
Großbritannien: Programm zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter	3
Irland: Integrierter Ansatz angesichts steigender Kinderarmut	4
Belgien: Verbot von Konversionstherapien geplant	4
Schweiz: Empfehlungen zur Partizipation von Jugendlichen	4
Schweiz: Armutsbetroffene Familien	5
Slowenien: Kostenloses Schulesen für Kinder aus einkommensschwachen Familien	5
Weitere Nachrichten	5
Kinderrechtsorganisationen: Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern beenden.....	5
Welttag gegen Misshandlung älterer Menschen.....	6
Weltflüchtlingstag	6
Berichte und Studien	6
COFACE: Jahresbericht 2022	6
COFACE: Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen in den NAP für die Kindergarantie	7
UNICEF: Bericht zur weltweiten Kinderpolitik	7
EAPN: Jahresbericht 2022	7
EU-Kommission: Bericht zur Einsamkeit in der EU	8
Caritas: Bericht zu Herausforderungen für die Langzeitpflege.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Mitteilung für eine EU-weit verbesserte psychische Gesundheit

Die EU-Kommission hat eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie einen neuen strategischen Ansatz für die psychische Gesundheit der EU-Bürger:innen vorschlägt. Sie solle wie die körperliche Gesundheit als zentraler Bestandteil des Wohlbefindens von Menschen betrachtet und entstigmatisiert werden. Die Kommission schlägt zwanzig Initiativen vor, um diese Ziele zu erreichen. Für eine bessere Prävention werden eine Öffentlichkeitskampagne, ein Internet-Portal zum Austausch von Best Practices und ein Netzwerk für die Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen genannt, zudem sollen die Versorgungskapazitäten ausgebaut werden. Die Kommission empfiehlt außerdem spezielle Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine.

Eurochild unterstützt in einer Stellungnahme den geplanten Ansatz für psychische Gesundheit in und betont, dass insbesondere Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern stärker im Fokus stehen sollten.

- [Mitteilung der Kommission über eine die Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit](#) 
- [Eurochild: Stellungnahme zur psychischen Gesundheit von Kindern](#) 

EU-Kommission: Rechte schutzbedürftiger Erwachsener bei grenzüberschreitenden Verfahren

Die EU-Kommission hat eine Verordnung vorgeschlagen, mit der die Rechte von Menschen gestärkt werden sollen, die in grenzüberschreitenden Rechtsverfahren Unterstützung brauchen. Sie soll erwachsenen Menschen zugutekommen, die wegen einer Behinderung oder Erkrankung ihre Interessen nicht selbstständig vertreten können. In der Verordnung wird vorgeschlagen, Zuständigkeit, Bedingungen der Anerkennung ausländischer Maßnahmen und die Zusammenarbeit von Institutionen verschiedener Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen. Ein EU-weit anerkanntes Vertretungszertifikat soll es erleichtern, dass gesetzliche Vertreter:innen ihre Befugnisse im EU-Ausland nachweisen können. Vernetzte Register mit Angaben z.B. über den Schutzstatus einer Person sollen grenzübergreifende Verfahren vereinfachen. Außerdem ist geplant, einen gemeinsamen Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten zu schaffen, der den Schutz Erwachsener bei grenzübergreifenden Verfahren sichert, an denen Drittstaaten beteiligt sind. Im nächsten Schritt wird der Vorschlag von Rat und Parlament verhandelt.

- [EU-Kommission: Vorschlag für den Schutz Erwachsener bei grenzüberschreitenden Verfahren](#)  

Rat der EU: Einigung über Asyl- und Migrationsgesetze

Der Rat der EU hat sich auf eine Position zur geplanten Überarbeitung der EU-Migrations- und Asylgesetze geeinigt. Geplant ist, bereits an den EU-Außengrenzen festzustellen, ob Asylanträge berechtigt sind. So soll die Einreise von Schutzsuchenden verhindert werden, die kein Recht auf Asyl geltend machen können. Angewendet werden sollen diese Verfahren bei Personen, die bei irregulären Grenzübertritten aufgegriffen werden sowie bei Verdacht auf falsche Angaben bei Anträgen, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Staatsangehörigkeit eines Drittstaates mit einer Anerkennungsquote unter 20 Prozent. Schutzsuchende können damit künftig bis zu 6 Monate in Lagern an den EU-Außengrenzen festgehalten werden. Mitgliedstaaten sollen außerdem dazu verpflichtet werden, eine Aufnahmekapazität aufzubauen, die nach dem EU-Schlüssel für sie festgelegt wird. Außerdem ist ein neuer Verteilungsmechanismus geplant, der die Übernahme von Asylsuchenden und Finanzbeiträge an Länder mit einer hohen Zahl Schutzsuchender regeln soll. Erfüllen Mitgliedstaaten diese Vorgaben nicht, soll die Möglichkeit bestehen, sie zu Strafzahlungen zu verpflichten. Im nächsten Schritt werden die geplanten Änderungen im Trilog mit der Kommission und dem Parlament verhandelt.

Insbesondere die Einbeziehung von Kindern und Familien in diese Verfahren hat für deutliche Kritik gesorgt. Ein Zusammenschluss von Menschen- und Kinderrechtsorganisationen weist unter anderem darauf hin, dass die haftähnliche Unterbringung von Kindern und Familien in Lagern an den EU-Außengrenzen die Kinderrechte missachte. Die Organisationen fordern, für Kinder und Familien eine Ausnahme von der Unterbringung in Lagern einzuführen. Sie verweisen darauf, dass ein Drittel aller Schutzsuchenden weltweit minderjährig sei. Außerdem müsse der Rechtsschutz bei Asylverfahren garantiert sein, insbesondere bei Fehleinschätzungen zum Alter der Antragstellungen und weiteren Fehlern im geplanten Screening-Verfahren.

- [Rat der EU: Vorschlag für eine Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement](#) 
- [EU-Parlament: Entwurf zu einer legislativen Entschließung zum Vorschlag des Rates](#)
- [Gemeinsamer Appell: Keine Kompromisse auf Kosten der Rechte und des Wohls geflüchteter Kinder](#) 

Rat der EU: Position für Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Der Rat der EU hat einen gemeinsamen Standpunkt zur geplanten EU-Richtlinie für die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gefunden. Die Richtlinie soll einen EU-weit einheitlichen rechtlichen Rahmen für diese Aufgabe geben und strafrechtliche Standards für Taten schaffen, die im Internet oder über das Internet vermittelt, stattfinden. Delikte wie Cyberstalking, Cybermobbing, die nicht-einvernehmliche Weitergabe intimer Fotos und Videos und die Aufstachelung zu Hass und Gewalt seien zum Teil noch nicht ausreichend rechtlich geregelt. Außerdem soll die Verstümmelung weiblicher Genitalien als gesonderter Straftatbestand aufgefasst werden. Zur Unterstützung Betroffener sollen künftig Mindeststandards zu deren Schutz bei Strafanzeigen festgelegt, die Privatsphäre Geschädigter im Rahmen der Strafverfolgung stärker geschützt und spezielle Krisenzentren und Hotlines geschaffen werden. Sobald das Europäische Parlament seine Position festgelegt hat, werden Rat und Parlament die Verhandlungen zum Entwurf für die Richtlinie aufnehmen.

- [Vorschlag einer Richtlinie zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen](#) 

Rat der EU: Einigung über Kompetenzen für Gleichbehandlungsstellen

Die Minister:innen für Arbeit und Soziales haben sich auf eine Position für die EU-weite Regelung der Kompetenzen von Gleichbehandlungsstellen geeinigt. Ihre Unabhängigkeit und effektive Arbeit müsse garantiert werden, um Betroffene vor Diskriminierung zu schützen und Diskriminierungen vorzubeugen. Die geplante Richtlinie soll EU-weite Mindeststandards einführen, darunter die rechtliche Absicherung ihrer Unabhängigkeit, die Garantie für ausreichende finanzielle Mittel und genügend Personal und größere Kompetenzen, um Diskriminierungen zu bekämpfen. Öffentliche Einrichtungen sollen außerdem verpflichtet werden, bei Fällen von Diskriminierung die Gleichbehandlungsstellen einzubeziehen. Im nächsten Schritt wird der Rat seine Position mit dem Europäischen Parlament verhandeln, um eine vorläufige Einigung zu erzielen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Estland: Ehe für alle beschlossen

Als erster Staat im Baltikum hat Estland die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Das Parlament hat den entsprechenden Gesetzentwurf der Regierung mit 55 von 101 Stimmen knapp angenommen. Die Abstimmung ging mit einem Misstrauensvotum gegen Premierministerin Kallas einher, das von der Opposition

eingebraucht wurde (unter anderem, um die Ehe für alle zu verhindern). Das Gesetz soll zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten und auch die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare möglich machen. Bereits seit dem Jahr 2016 gibt es für gleichgeschlechtliche Paare in Estland die Möglichkeit einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, die weiter fortbestehen soll.

Finland: Ungleichheiten im Gesundheitssystem

Finnlands Gesundheitssystem ist im Vergleich zu anderen Industrienationen stark von Ungleichheiten geprägt. Dies betrifft die Verteilung und Nutzung von Gesundheitsleistungen und das Verhältnis unbehandelter Krankheiten zum Einkommen der Betroffenen. Das geht aus einem aktuellen Bericht von Amnesty International hervor, der das finnische Gesundheitssystem unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte betrachtet. Zwar verpflichtete sich Finnland zu Nicht-Diskriminierung und dem Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle, bezüglich der Gesundheitsleistungen fehle es jedoch an der Umsetzung, Finanzierung und Ausstattung mit Fachkräften seien nicht ausreichend, um eine umfassende Versorgung zu gewährleisten. Dies führe zu Barrieren wie langen Wartezeiten, zur geringen Verfügbarkeit spezieller Behandlungen und hohen Zuzahlungen.

- ["I know I won't get help" Inequality of Healthcare in Finland](#) 

Rumänien: Begrenzung der Gewinnaufschläge für Lebensmittel geplant

Die rumänische Regierung plant, die Gewinnaufschläge für Grundnahrungsmittel durch den Einzelhandel zu begrenzen. Diese Deckelung der Gewinne soll Obst, Gemüse, Milchprodukte, Eier und weitere Grundnahrungsmittel betreffen. Die Anordnung soll als Notfall-Verfügung kurzfristig umgesetzt werden. Sie soll dafür sorgen, dass alle Menschen in Rumänien Zugang zu diesen Grundnahrungsmitteln bekommen. Dafür sei eine deutliche Reduzierung der Preise notwendig. Im Mai dieses Jahres sind die Lebensmittelpreise im Vergleich zum Vormonat um knapp 19 Prozent gestiegen.

Ungarn: Asylgesetz verstößt gegen EU-Recht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat geurteilt, dass das ungarische Asyl- und Aufenthaltsrecht gegen EU-Recht verstößt. Um einen Antrag auf Asyl zu stellen, müssen Schutzsuchende zunächst in der ungarischen Botschaft in dem Land einen Antrag stellen, von dem aus sie einreisen wollen. Dort wird entschieden, ob sie ein Dokument erhalten, das ihnen die Einreise nach Ungarn ermöglicht. Da ein Großteil der Asylbewerber:innen aus Serbien und der Ukraine einreisen, müssen sie in der Regel das Reisedokument in Belgrad oder Kiew beantragen. Für Geflüchtete aus der Ukraine gilt jedoch eine Ausnahmeregelung. Der EuGH urteilte, dass diese Gesetzgebung auf rechtswidrige Weise einen wirksamen internationalen Schutz verhindere.

- [EuGH: Urteil gegen Ungarns Asyl- und Aufenthaltsrecht](#)

Großbritannien: Programm zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter

Die britische Regierung hat ein Programm beschlossen, das ukrainische Geflüchtete in Großbritannien dabei unterstützen soll, Wohnungen und Arbeitsplätze zu finden. Es ist mit 150 Millionen Pfund (ca. 175 Millionen Euro) finanziert, die zwischen England, Schottland, Wales und Nordirland aufgeteilt werden sollen. Zu Beginn der Fluchtbewegung hatte die britische Regierung das Programm „Homes for Ukraine“ gestartet, mit dem Brit:innen Ukrainer:innen bei sich zuhause aufgenommen haben. Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine sind ca. 124.000 Menschen von dort nach Großbritannien geflohen. Die Hälfte der Geflüchteten im arbeitsfähigen Alter hätten

bereits Arbeitsplätze gefunden. Das Programm soll alle Ukrainer:innen nun dabei unterstützen, sich für einen längeren Zeitraum in Großbritannien niederzulassen.

Irland: Integrierter Ansatz angesichts steigender Kinderarmut

Laut eines Berichts zur Kinderarmut in Irland ist die Zahl armutsbetroffener Kinder deutlich angestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2021 hat sich sowohl die Zahl der von Deprivationen, als auch von dauerhafter Armut betroffener Kinder im Jahr 2022 erhöht. 20 Prozent der unter 18-Jährigen in Irland konnten nicht mit dem Standardwarenkorb mit elf Grundnahrungsmitteln versorgt werden, der als Indikator für ausreichende Ernährung verwendet wird. Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind besonders von Ernährungsunsicherheit betroffen. Der Bericht gibt politische Empfehlungen für die zentralen Bedürfnisse Nahrung, frühe Kindheit, Einkommen und Wohnen ab. Die irische Regierung hat zur Bekämpfung von Kinderarmut eine Abteilung im Amt des Premierministers eingerichtet, die umfassende Maßnahmen über alle Politikfelder hinweg planen soll.

- [Children's Rights Alliance Ireland: Child Poverty Monitor 2023](#)  

Belgien: Verbot von Konversionstherapien geplant

Der parlamentarische Ausschuss für Justiz in Belgien hat einen Gesetzesvorschlag der Regierung zugelassen, der sogenannte Konversionstherapien verbieten soll. Dies sind Interventionen, die queere Menschen dazu bewegen sollen, heterosexuell bzw. cis-geschlechtlich zu werden. Da es keine wissenschaftlichen Belege für ihre Wirksamkeit gibt, gelten sie als pseudo-therapeutische Verfahren. Die Regierung begründet ihren Vorschlag damit, dass Konversionspraktiken die sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität von Personen missachten, zu deren Schutz Belgien sich verpflichtet hat. Außerdem beinhalteten diese Verfahren häufig gewaltsame Praktiken wie Elektroschocktherapien, Schläge und Vergewaltigungen, die „korrigierend“ auf die sexuelle Orientierung wirken sollen. Das geplante Gesetz muss noch vom Parlament angenommen werden. Der UN-Experte für sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität hat im Jahr 2020 dazu aufgerufen, Konversionspraktiken zu verbieten. Das EU-Parlament hat im gleichen Jahr die EU-Kommission aufgefordert, ein EU-weites Verbot auf den Weg zu bringen. Im vergangenen Jahr hat das Parlament eine Übersicht zur rechtlichen Einordnung von Konversionsverfahren in ausgewählten Mitgliedstaaten veröffentlicht.

- [EU-Parlament: Bans on conversion 'therapies'. The situation in selected EU Member States](#)  

Schweiz: Empfehlungen zur Partizipation von Jugendlichen

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) der Schweiz hat Empfehlungen veröffentlicht, wie die politische Partizipation von Jugendlichen gefördert werden kann. Jugendliche müssten Impulse für politische Beteiligung an den Orten bekommen, an denen sie ihren Alltag verbringen. Wichtig sei außerdem, dass sie die Wirkungen ihres Engagements erleben könnten und so Selbstwirksamkeit erfahren. Um das politische Interesse von Jugendlichen zu wecken, müssten die politischen Dimensionen ihrer Alltagserfahrungen vermittelt werden. An Schulen sollte die politische Bildung im Unterricht ausgeweitet und Beteiligungsmöglichkeiten im Lebensraum Schule ausgebaut werden. In außerschulischen Räumen könnte das Engagement Jugendlicher gefördert werden, indem politische Themen im Rahmen von Freizeitaktivitäten niedrigschwellig aufgegriffen werden. Politisch müssten Beteiligungsstrukturen wie Jugendparlamente und -räte gefördert werden, um eine wirksame Partizipation junger Menschen zu ermöglichen.

- [EKKJ: Politische Partizipation von Jugendlichen stärken](#) 

Schweiz: Armutsbetroffene Familien

In der Schweiz sind vor allem Familien mit alleinerziehenden Eltern von Armut betroffen. Nach aktuellen Auswertungen von ProFamilia Schweiz lebten im Jahr 2020 28 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden unter der Armutsgefährdungsgrenze. Familien, deren Eltern ein geringes Bildungsniveau haben und zu den „Working Poor“ zählen, seien ebenfalls überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Im Bericht wird neben den direkten Kinder-bezogenen Kosten auf indirekte Kosten hingewiesen: So entstünden Einkommensminderungen dadurch, dass rund 80 Prozent der Mütter und 10 Prozent der Väter in Teilzeit arbeiteten. Folgen von Armut könnten die soziale Isolation von Familien und Kindern, ungleiche Bildungs- und Aufstiegschancen der Kinder und damit die Reproduktion von Armut über Generationen hinweg sein.

- [Pro Familia Schweiz: Factsheet Armut in Familien](#) 

Slowenien: Kostenloses Schulessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien

Ab September 2027 sollen die Schulmahlzeiten in Slowenien für Grundschul Kinder kostenlos sein, deren Familien ein geringes Einkommen haben. Das Parlament hat den entsprechenden Gesetzentwurf nach einer Überarbeitung einstimmig angenommen. Er geht auf die Initiative einer zivilgesellschaftlichen Organisation zurück, die ursprünglich die Einführung der kostenlosen Mahlzeiten schon ab diesem Jahr gefordert hatte. Alle Fraktionen hatten sich grundsätzlich für die Pläne ausgesprochen, aus den Schulen kam jedoch zunächst Kritik: Sie verfügten nicht über ausreichend Personal und angemessene Räumlichkeiten, um die Pläne umzusetzen. Das Bildungsministerium hat ein Pilotprojekt geplant, das die Möglichkeit einer zentralen regionalen Schulküche testen wird, die alle umliegenden Schulen versorgt.

Weitere Nachrichten

Kinderrechtsorganisationen: Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern beenden

COFACE Families Europe, Eurochild, Save the Children und weitere Kinderrechtsorganisationen haben eine gemeinsame Stellungnahme zur Bekämpfung von Kinderarmut veröffentlicht. Sie fordern die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der EU-Kindergarantie mit umfassenden Nationalen Aktionsplänen voranzubringen. Dabei müssten besonders benachteiligte und vulnerable Gruppen von Kindern berücksichtigt werden. Es müsse sichergestellt werden, dass ausreichend Mittel von der EU und den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, um wirksame Maßnahmen zu finanzieren. Diese müssten mit klaren Kriterien überprüft und evaluiert werden. Bei der Gestaltung von politischen Programmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern sollten Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, aus der sozialen Arbeit, von Eltern und Pflegenden einbezogen werden. Für eine erfolgreiche Politik für Kinder sei es entscheidend, dass Strategien auf der EU-Ebene und nationalen Ebene wirksam aufeinander abgestimmt werden.

Das EU-Parlament hat eine Veranstaltung zur EU-Kindergarantie organisiert, bei der sich Abgeordnete, Vertreter:innen der Mitgliedstaaten und der Kommission mit den Nationalen Aktionspläne zur Umsetzung befasst haben. Anlässlich des zweijährigen Bestehens der Kindergarantie wurden Erfahrungen, Erkenntnisse und Lösungsansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut ausgetauscht.

- [Joint Statement: No child should experience poverty and social exclusion in a Social Europe](#)  

Welttag gegen Misshandlung älterer Menschen

Seit dem Jahr 2011 wird am 15. Juni der Welttag gegen die Misshandlung älterer Menschen begangen. Er soll auf die Gewalt und Misshandlung aufmerksam machen, die ältere Menschen erfahren und zur Prävention und Bekämpfung aufrufen. Das Internationale Netzwerk zur Prävention of Elder Abuse (INPEA) stellt auf seiner Webseite Informationen über das Ausmaß von Misshandlung an Älteren zur Verfügung. Außerdem hat INPEA ein Toolkit entworfen, das Einzelpersonen und Organisationen unterstützen soll, Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. Der Dachverband der europäischen Organisationen für ältere Menschen AGE Platform Europe hat in der Juni-Ausgabe seines Newsletters einen ausführlichen Beitrag zu Missbrauch an älteren Menschen veröffentlicht. Die UN verweist anlässlich des Aktionstags auf die Situation älterer Menschen in der Ukraine, deren Menschenrechte durch den Krieg bedroht sind.

- [INPEA: World Elder Abuse Awareness Day](#) 
- [AGE Platform Europe: A world without elder abuse requires systemic action!](#) 
- [UN: Update on the human rights situation of older persons in Ukraine](#) 

Weltflüchtlingstag

Am 20. Juni wurde der diesjährige Weltflüchtlingstag unter dem Motto „Hope Away from Home“ begangen. Terre des Hommes veröffentlichte anlässlich des Weltflüchtlingstags einen Aufruf zu einer Verpflichtung für die Kinderrechte geflüchteter Kinder. Die Initiative ist Teil der „Global Compact for Refugees“ (GCR) der UN, die sich für eine global geteilte Verantwortlichkeit für Geflüchtete einsetzt. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, dass Kinderschutz, effektive soziale Sicherung, inklusive Bildung, Empowerment und Partizipation von Kindern notwendig sind, um die Rechte geflüchteter Kinder vollständig umzusetzen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) macht anlässlich des Weltflüchtlingstags darauf aufmerksam, dass geflüchtete Menschen häufig beim Zugang zur Gesundheitsversorgung diskriminiert werden.

- [Initiative for Child Rights: A pledge for Children](#)  
- [WHO: Promoting the health of refugees and migrants](#)  

Berichte und Studien

COFACE: Jahresbericht 2022

COFACE Families Europe hat seinen Jahresbericht für das Jahr 2022 veröffentlicht. Wichtige Arbeitsfelder waren die Weiterentwicklung des European Family Lab, das Fachkräfte aus dem sozialen Bereich vernetzt und den Wissenstransfer für die Arbeit mit Kindern und Familien fördert. Die COFACE bietet in diesem Rahmen Veranstaltungen und Webinare für Fachkräfte, einen Videokanal mit Informationen über politische Entwicklungen und Tipps für die Praxis, eine Plattform mit Analysen zur europäischen Familienpolitik und das Programm L.I.N.K. an. Das L.I.N.K.-Programm soll unterstützende Lernumfelder in Schulen und für das lebenslange Lernen schaffen. Es bietet E-Learning-Kurse für Lehrer:innen an, die sich mit Anti-Diskriminierung, sozialer Inklusion und Diversität auseinandersetzen wollen. Im vergangenen Jahr hat die COFACE unter anderem familienpolitische Analysen zur Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie und zur Situation von Kindern mit Behinderungen zwischen verschiedenen zuständigen Politikfeldern herausgegeben. Der Jahresbericht enthält außerdem Informationen zur Kampagne „Family is Teamwork“, mit der die Auseinandersetzung mit der Aufteilung von Care-Arbeit in Familien

angestoßen werden sollte. Darüber hinaus findet sich eine Übersicht der EU-Projekte, in denen die COFACE sich einsetzt: die Forschungsprojekte DigiGen und rEUsilience und das Bildungsprojekt Skills4Parents.

- [COFACE Families Europe: Jahresbericht 2022](#)  

COFACE: Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen in den NAP für die Kindergarantie

Die COFACE hat die Nationalen Aktionspläne (NAP) für die EU-Kindergarantie daraufhin untersucht, wie sie die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und ihren Familien einbeziehen. Ein Problem für die gezielte Förderung der Inklusion von Kindern mit Behinderungen über die NAP sei es, dass es auf der EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten kein einheitliches Verständnis von Behinderungen gibt. COFACE weist daraufhin, dass ein Verständnis von Behinderung als soziales Konstrukt in Interaktion mit unterschiedlich inklusiven Umwelten eine andere Politik impliziert als das Reduzieren der Behinderung auf körperliche oder geistige Einschränkungen. In der Kindergarantie selbst sei nur die Vorgabe festgeschrieben, die NAP gezielt zur Förderung besonders vulnerabler Gruppen von Kindern auszurichten. Dementsprechend seien Kinder mit Behinderungen nicht in allen NAP als Gruppe vulnerabler Kinder berücksichtigt. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen von Beginn ihres Lebens an, ist erklärtes Ziel der EU: In der Beurteilung wird aufgezeigt, dass in einigen NAP dennoch die getrennte Behandlung von Kindern mit Behinderungen geplant wird, z.B. im Bildungssystem. Die COFACE ruft dazu auf, die Verschiedenheit von Kindern mit Behinderungen und ihren Bedürfnissen einzubeziehen und Angebote für Kinder mit Behinderungen aus intersektionaler Perspektive zu planen. Behinderungen müssten in der Planung speziell adressiert und praktisch inklusiv umgesetzt werden.

- [COFACE: Paving the way for a disability-inclusive Child Guarantee](#)  

UNICEF: Bericht zur weltweiten Kinderpolitik

Unicef hat eine vergleichende Analyse zur Kinderpolitik weltweit veröffentlicht. Dafür wurden die öffentlichen Ausgaben für Kinder in 84 Staaten verglichen. Die Untersuchung zeigt, dass vor allem Kinder in den ersten Lebensjahren und armutsbetroffene Kinder nicht die Unterstützung bekommen, die sie für ihre Entwicklung brauchen. Für einen Großteil der Kinder weltweit seien die öffentlichen Mittel zu gering und erreichten sie zu spät im Lebensverlauf. Nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der untersuchten Staaten zeigten sich deutliche Ungleichheiten: Fehlende Systeme sozialer Sicherung und Kostenübernahme für frühkindliche Bildung und Betreuung führten dazu, dass schon vor dem Schuleintritt die Chancen von armutsbetroffenen Kindern auf eine gute Entwicklung zu gering seien. In vielen Ländern mit durchschnittlich mittleren bis geringen Einkommen fließe ein Großteil der Investitionen für Kinder ins schulische Bildungssystem. Damit würde es Schulen und Lehrkräften überlassen, die Förderung zu übernehmen, die im Vorschulbereich hätte stattfinden müssen. Unicef empfiehlt, mehr öffentliche Mittel in Kinder zu investieren und dabei die Förderung in den ersten Lebensjahren zu priorisieren.

- [Unicef: Bericht zu den öffentlichen Ausgaben für Kinder weltweit](#)  

EAPN: Jahresbericht 2022

Der jährliche Bericht des European Anti Poverty Network (EAPN) zur Armut in Europa für das Jahr 2022 ist erschienen. Er trägt den Titel „Unequal times of crises“ und fokussiert sich auf die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie, des Krieges gegen die Ukraine und steigender Lebenshaltungskosten auf Armut und Armutsbekämpfung. EAPN betont, dass die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam mehr tun müssten, um politisch gegen Armut in der EU vorzugehen. Konkret wird vorgeschlagen, einen europäischen Mindestlohn einzuführen, die

Systeme sozialer Sicherung zu stärken und bezahlbaren Wohnraum zu fördern. Außerdem müssten armutsbetroffene Menschen einbezogen werden, wenn an politischen Lösungen für das Problem gearbeitet werde. EAPN hat außerdem einen Bericht zu seinem Treffen mit dem EU-Parlament veröffentlicht, bei dem sich Vertreter:innen armutsbetroffener Menschen mit Abgeordneten austauschen und ihre Forderungen an die Politik persönlich vortragen konnten. Thema des Treffens waren die gestiegenen Lebenshaltungskosten, besonders für Energie, Nahrungsmittel und Wohnen.

- [EAPN: Unequal Times of Crises Call for Strong Welfare States](#)  
- [EAPN: Meeting Report "The Unbearable Cost of Living"](#)  

EU-Kommission: Bericht zur Einsamkeit in der EU

Der Bericht zur ersten Untersuchung von Einsamkeit in der EU ist erschienen. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission hat im vergangenen Jahr die Erhebung durchgeführt: Befragt wurden 25.000 EU-Bürger:innen aus allen Mitgliedstaaten, um einen repräsentativen Vergleich zu ermöglichen. Im Durchschnitt gaben 13 Prozent der Befragten an, sich in den vergangenen vier Wochen die meiste Zeit und 35 Prozent manchmal einsam gefühlt zu haben. Am einsamsten fühlten sich die Menschen in Irland, gefolgt von Luxemburg, Bulgarien und Griechenland. Die niedrigsten Raten von Einsamkeit fanden sich in den Niederlanden, Tschechien, Kroatien und Österreich. Risikofaktoren für Einsamkeit seien gesundheitliche Probleme, eine schwierige ökonomische Situation und Alleinleben. Die verschiedenen Altersgruppen seien gleich häufig betroffen. Ältere Menschen lebten zwar häufiger alleine, fühlten sich jedoch nicht überdurchschnittlich stark einsam. Die EU hat die Forschung zu Einsamkeit, ihre Prävention und Bekämpfung auf die politische Agenda gesetzt, da Einsamkeit gesundheitlich, sozial und politisch negative Auswirkungen haben kann.

- [EU-Kommission: Loneliness and social connectedness: insights from a new EU-wide survey](#)  

Caritas: Bericht zu Herausforderungen für die Langzeitpflege

Das Europa-Netzwerk der Caritas hat einen Bericht zu den aktuellen Entwicklungen und künftigen Herausforderungen in der Langzeitpflege herausgegeben. Neben quantitativen Daten zum demografischen Wandel und der Entwicklung des Bedarfs an Langzeitpflege sind auch die Erfahrungen von Caritas-Mitarbeiter:innen eingeflossen. Der Bericht verweist auf einen steigenden Bedarf an Langzeitpflege für Menschen im Alter von über 65 Jahren. Die hauptsächlichen Barrieren für qualitativ hochwertige Langzeitpflege seien fehlende finanzielle Mittel, mangelnde Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der Angebote. Es fehlten die öffentlichen Investitionen, um den aktuellen und zukünftigen Bedarf zu decken. In vielen Ländern werde die Langzeitpflege noch stark über informelle Pflegearrangements organisiert. In der professionellen Pflege sei es ein Problem, qualifizierte Fachkräfte einzustellen und zu halten. Zu den verschiedenen Pflegeformen fehlten ausreichende statistische Daten, insbesondere zu Pflegenden, die bei den Gepflegten Zuhause lebten und Pflegenden, die irregulär beschäftigt seien.

- [Caritas: Growing old with dignity. The challenges of long-term care in Europe](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

04. Juli 2023 Brüssel, Belgien	AccessibleEU Launching Event	EU-Kommission
-----------------------------------	--	---------------

05. Juli 2023 online	Engaging men as allies for gender equality and diversity	OECD
07. Juli 2023 online	Cross-border healthcare	MoveS (Free Movement and Social Security Coordination)
10. Juli 2023 online	Family Finance Surveys User Conference 2023	UK Data Service
29. Aug. 2023 Paris, Frankreich & online	AccessibleEU European event - Building inclusion at University	EU-Kommission & Association for the Advancement of Assistive Technology in Europe
17. Okt. 2023 Madrid, Spanien	Leaving nobody behind: Making social rights available to all families	Coface Families Europe
25. Okt. 2023	Europäisches Fachgespräch zum Thema "Care Strategy"	Arbeitsgemeinschaft der dt. Familienorganisationen (AGF)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

